

Inhaltsverzeichnis

A. Problemstellung und Forschungsgegenstand	9
I. Die Grenzen der Digitalisierung bei grenzüberschreitenden Prozessen	9
II. Der Grundsatz der Wahrung des rechtlichen Gehörs als Bezugspunkt für die Einführung grenzüberschreitender digitaler Interaktion	12
III. Vergleichsobjekte	14
B. Rechtliches Gehör als international anerkannte Prozessmaxime	19
I. Internationale Bedeutung des rechtlichen Gehörs	19
1. Audiatur et altera pars im internationalen Recht	19
2. Audiatur et altera pars im Kontext von Art. 6 der EMRK	26
II. Der Inhalt des rechtlichen Gehörs im deutschen Recht	32
1. Verfassungsmäßige Garantie und einfachgesetzliche Grundlagen des Gehörsrechts	32
2. Zum Inhalt des Anspruchs auf rechtliches Gehör: Orientierung, Äußerung und Berücksichtigung	35
III. Der Grundsatz des rechtlichen Gehörs nach Common Law	37
IV. Der Grundsatz des rechtlichen Gehörs nach russischem Recht	39
1. Gründe für den Verzicht auf das rechtliche Gehör	40
2. Folgen des Fehlens einer Doktrin des rechtlichen Gehörs	44
V. Folgen der Verletzung des rechtlichen Gehörs	50
1. Russische Rechtsordnung	50
2. Deutsche Rechtsordnung	54
C. Rechtliches Gehör im digitalen Zeitalter	55
I. Digitalisierung der Justiz als globale Tendenz	55
1. Deutschland	55
2. Russland	57

II. Beachtung der wesentlichen Grundlagen des Anhörungsgrundsatzes auf dem Weg zur digitalen Justiz	61
1. Die Gewährung des Äußerungs- und Orientierungsrechts bei der Nutzung von modernen Informations- und Kommunikationstechnologien im gerichtlichen Verfahren	61
2. Die Gewährung des Rechts unter Berücksichtigung des Vorgetragenen	68
3. Die bedenkliche Ausbreitung der Nutzung von modernen Informations- und Kommunikationstechnologien in besonderen Verfahrensarten	72
III. Der Anpassungzwang des Grundsatzes. Die Bedeutung der reibungslosen Funktionierung der modernen Justizplattformen. Der Justizgewährungsanspruch als Leitprinzip des IZVRs	79
IV. Mindestgarantien des Art. 6 EMRK als Maßstab für nationale Justizreformen in digitalem Bereich. Die Parteirechte auf eine effektive Beteiligung im Prozess	90
1. Der Grundsatz des kontradiktorischen Verfahrens	91
2. Der Waffengleichheitsgrundsatz	94
D. Der Anhörungsgrundsatz bei grenzüberschreitenden Gerichtsverfahren. Die effektive Rechtsdurchsetzung vom nationalen Gericht für Auslandsbeteiligte	99
I. Internationale Zuständigkeitsregeln	99
II. Die Zustellung der gerichtlichen Schriftstücke	105
III. Prozesskostenhilfe und anwaltliche, sprachmittlerische Unterstützung	115
E. Die Anknüpfungspunkte der Digitalisierungsmaßnahmen für grenzüberschreitende Gerichtsverfahren	121
I. Darstellung der vorhandenen Initiativen (EU-Ebene, Haager Konferenz)	121
1. Entwicklung und aktueller Stand im Bereich der digitalen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der EU	122
2. Die Bestrebungen von HCCH bei der Digitalisierung des IZVRs	127

3. Soft law von International Union of Judicial Officers bei Digitalisierung der grenzüberschreitenden Zwangsvollstreckung	131
F. Einige Schlussfolgerungen	135
Literaturverzeichnis	141